

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
10 / 2003

An den Grenzen des Lebens

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2002
- MUSICA PRO PACE 2002
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress



Russlands Position zu regionalen Konflikten in Mittelasien und zum internationalen Terror

Podiumsveranstaltung in Kooperation
mit dem Deutsch-Russischen Forum e.V., Berlin,
in der Aula der Universität am 21. April 2002

<i>Thomas Roth</i>	Ehem. Leiter des ARD-Studios Moskau, designierter Leiter des ARD-Hauptstadt- studios Berlin
<i>Prof. Dr. Pjotr Fedossow</i>	Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes des Russischen Föderationsrats, Moskau
<i>Prof. Dr. Wulf Gaertner</i>	Universität Osnabrück (Gesprächsleitung)

Wulf Gaertner: Seit dem 11. September 2001, dem Tag, an dem das World Trade Center durch den Aufprall zweier großer Verkehrsflugzeuge in sich zusammenbrach, hat sich die Welt verändert. Diese Feststellung war in den letzten Monaten häufig zu hören, und sie scheint mir zutreffend. Nicht nur konnten wir aufgrund der Ereignisse dieses und der nachfolgenden Tage feststellen, dass der internationale Terrorismus über ein weltumspannendes Netz verfügt, das es erlaubt, größere Aktionen von langer Hand zu planen und in erschreckender Manier durchzuführen – mit den entsetzlichen Folgen, deren Bilder wir seitdem in der Erinnerung mit uns herumtragen. Die Ereignisse des 11. September haben auch zu einer neuen, bisher unbekanntem Allianz geführt, die zunächst überraschte, nämlich die Allianz zwischen den Präsidenten *Bush* und *Putin* – einer Allianz, der sich zwischenzeitlich auch der chinesische Staatspräsident zugesellte.

Präsident Putin und die Russische Föderation befinden sich in kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Republik Tschetschenien, wo sich ein Guerilla-Krieg entwickelt hat. Aber in den Monaten seit der militärischen Offensive gegen die *Taliban* in Afghanistan ist von den Vorgängen in Tschetschenien nicht mehr viel die Rede, sehr zum Vorteil von Präsident Putin, der als gut befreundet mit Präsident Bush wie auch Bundeskanzler Schröder gilt.

Dabei hatte die UN-Menschenrechtskommission am 20. April 2001 in einer mit 22 gegen 12 Stimmen bei 19 Enthaltungen verabschiedeten Resolution die Russische Föderation wegen fortdauernder schwerer Menschenrechts-

verletzungen verurteilt, verbunden mit der Forderung, die Vorkommnisse durch eine unabhängige Kommission untersuchen zu lassen.

Es ist relativ still geworden um die Kaukasus-Republik, zumindest in Westeuropa. Dagegen wird vermehrt von so genannten »Schurkenstaaten« und von einem internationalen Feldzug gegen den Terrorismus gesprochen.

Wie wird eigentlich Terrorismus definiert? Und was unterscheidet einen Terroristen von einem Freiheitskämpfer? Eine Antwort auf diese Frage scheint nicht leicht zu sein. Terrorismus – so könnte man vielleicht definieren – verfolgt politische Ziele unter Gewaltanwendung, wobei diese Gewalttätigkeit sich insbesondere gegen Zivilisten richtet. Demnach ist der Angriff auf die New Yorker Zwillingstürme zweifellos ein terroristischer Akt gewesen. Dies gilt sicher auch für die palästinensischen Selbstmordattentäter, die sich unter Menschen mischen, die sich zu einer Familienfeier versammelt haben oder ihr Mittagessen in einer Pizzeria einnehmen.

Aber wenn diese Definition annähernd zutreffend ist, dann ist auch das, was das israelische Militär in diesen Tagen im Westjordanland unternimmt, und das, was russische Truppen in *Grosny* und anderswo in Tschetschenien der Zivilbevölkerung angetan haben, ein Akt des Terrorismus. Die Fernsehbilder aus den besetzten Städten Palästinas gleichen den früheren Aufnahmen aus Grosny: völlig zerstörte Häuser – Ruinen geradezu – und herumliegende Leichen. Hier wie dort wurde und wird unermessliches Leid zugefügt und Verzweiflung verbreitet, die in Hass auf die jeweils andere Seite umschlägt.

Schon vor einiger Zeit, Ende 1999, vertrat eine Journalistin in ihrem Beitrag zum Tschetschenien-Konflikt die These, dass die Moskauer Politik gegenüber diesem Mitgliedsland der russischen Föderation sich möglicherweise gegen die Taliban des Kaukasus richte. Bis zum Ausbruch dieses Krieges seien die wenigen fundamentalistischen Gruppen in Tschetschenien Randerscheinungen geblieben. Die Freiheitskämpfer des ersten Krieges seien nationalistisch, nicht religiös, motiviert gewesen. Mit dem zweiten Tschetschenienkrieg, der am 30. September 1999 begann, werden die Radikalen – so schrieb sie damals – Zulauf erhalten, die antirussische Front wird weit über Tschetschenien hinauswachsen und sich gefährlich mit religiösen Fanatikern vereinen.

Eine weitere in diesem Zusammenhang erwähnenswerte Stimme sei zitiert: Der letzte britische Gouverneur von Hongkong, *Chris Patton*, schrieb in einem Beitrag für *DIE ZEIT*:

»Armut und Umweltzerstörung reichen weder als Ursache noch als Rechtfertigung für Terrorismus aus. Auch sind Arme nicht niederträchtiger als der Rest von uns. Aber genauso, wie in reichen Gesellschaften Arme die Hauptopfer von Kriminalität sind und verarmte Stadtteile deren Hauptschlachtfelder, genauso sind politische Instabilität und Gewalt am weitesten in den ärmsten Ländern verbreitet.«

Hier ist meiner Ansicht nach die westliche Welt dringend aufgefordert, etwas zu leisten: sie muss aufwachen und sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Lippenbekenntnisse reichen nicht länger aus. Für Entwicklungshilfe nur 0,27% des Bruttoinlandsprodukts auszugeben, wie es Deutschland derzeit tut, ist beschämend – trotz angeblich leerer Kassen und der guten Absicht, in wenigen Jahren einen ausgeglichenen Bundeshaushalt erreichen zu wollen. Für die USA beträgt der entsprechende Anteil am wirtschaftlichen Produkt sogar nur 0,1%.

Thomas Roth hat in einem Interview mit der *Neuen Osnabrücker Zeitung* den Tschetschenienkrieg als »verbrecherisch« bezeichnet. Dies sagt ein Journalist, der in ausgedehnten Reisereportagen über Russland hat deutlich werden lassen, dass er diesem Land mit großer Kultur und Geschichte sehr verbunden ist. Ihn bitte ich jetzt um sein Statement.

Thomas Roth: Ich möchte Sie auf eine Reise mitnehmen: nach Moskau und von da aus nach *Duschanbe*, der Hauptstadt von Tadschikistan, einer kleinen Republik in Zentralasien; dort bildet eine ziemlich schmutzige Straße die Transit-Strecke von der tadschikischen Hauptstadt nach Afghanistan; irgendwann kommt der Grenzfluss, dort wartet eine Art Fähre, eine alte, von einem Traktor angetriebene Konstruktion.

Diese Straße ist wichtig, weil man hier ablesen kann, was im Laufe der Jahre in dieser Region geschehen ist. Es ist eine Transit-Strecke für Opium und alles andere, was mit Dollars zu tun hat – auch eine Route für Menschenhändler, die allerdings parallel dazu in den Bergen verläuft. Alles, was in dieser Region einen Wert darstellt, ist dort zu finden. Auch Wegelagerer staatlicher Zugehörigkeit aus Armee, KGB, Zoll oder Grenztruppen halten die Hand auf. Damit die Passage möglich wird, braucht man ein paar Dollar, gerade in Zeiten der Krise – das war auch schon vor dem 11. September so.

Darin wird ein »Ausfransen« des Gebietes erkennbar, dessen staatliche Konstruktion an den Rändern in Auflösung ist und dessen Institutionen sich weitgehend selbst steuern. Schon vor Jahren konnte man hier vom Krieg hören, wenn man über die Grenze kam. Leider hat die Weltöffentlichkeit erst viel später, zu spät, davon erfahren. Tadschikistan, das hier stellvertretend auch für die anderen zentralasiatischen Republiken stehen kann, war immer eine der ärmsten Sowjetrepubliken der Region. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde es formell ein unabhängiger Staat. Tatsächlich ist es nichts anderes als ein russisches Protektorat. In den 90er Jahren wurde es heimgesucht von einem grausamen Bürgerkrieg. Es kam dort während dieser Zeit zu Auseinandersetzungen mit der so genannten »islamischen Opposition«, aber in Wirklichkeit bestand ein sehr viel vielfältigerer Konflikt, so wie dies in allen zentralasiatischen Staaten der Fall war. Der Krieg in Tadschikistan war immer gespeist von Armut und von jener explosiven Mischung aus Desorien-

tierung durch unterdrückte Traditionen, Drogen und den Kampf um Einfluss in den sehr unterschiedlichen Gebietsteilen des Landes.

Immerfort versuchte Russland – auch noch nach dem Zusammenbruch der GUS –, den Einfluss in Zentralasien und Tadschikistan aufrechtzuerhalten. Dazu bediente man sich eines Staatsführers, der an einer Demokratie im westlichen Sinne wenig Interesse hat. Er regiert im Stil der Sowjets der früheren Jahre, ergänzt um die zentralasiatischen Besonderheiten. Seine Aufgabe ist, den ›Hinterhof‹ Russlands zu stabilisieren und den russischen Einfluss zu erhalten. Für das an Afghanistan angrenzende Tadschikistan sah das Konzept des Planungsministeriums vor, Baumwolle zu kultivieren. Das führte bald zu Monokulturen und starken Umweltschäden bzw. -zerstörungen und verhinderte andere Entwicklungsmöglichkeiten.

Der weitere Verlauf der erwähnten Straße zeichnet auch den Weg von Waffen aller Art nach, die auf zivilen LKW von Russland über Tadschikistan nach Afghanistan gebracht wurden. Alle Faktoren der Unsicherheit, die nach dem 11. September erörtert wurden, bestanden bereits lange vorher; man hätte längst reagieren können; auch um die Tausende von Flüchtlingen hat sich auf weltöffentlicher Bühne niemand gekümmert.

In der Wahrnehmung der Dritten Welt zeigt sich die eher zynische Fortentwicklung der internationalen Politik: Erst *nach* den Ereignissen vom 11. September 2001 rückten jene Länder in einen Wahrnehmungshorizont, und dies nur aufgrund von Militäraktionen. Die Dritte Welt wird nur noch durch bewaffnete Konflikte wahrgenommen, von denen wir glauben, dass sie auch uns betreffen, und dementsprechend ist die Berichterstattung.

Meine erste These ist, dass – entgegen der behaupteten Lauterkeit und der moralischen Diktion im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus – alle Beteiligten zumeist lediglich ein *taktisches* Verhältnis zum Terrorismus bzw. dem, was darunter verstanden wird, haben und hatten. Das wird deutlich, wenn man etwa auf die politische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan zurückschaut – ein Vorgang, der zum Niedergang dieser Region entscheidend beigetragen hat. Die politische Diktion war – damals wie heute – hochmoralisch und voller ethischer Bezüge und Maßstäbe, die dabei ihre Geltung verloren oder mindestens als wichtige Orientierungspunkte beschädigt wurden. Bedauerlicherweise fand die sowjetische Intervention in Zeiten des Kalten Krieges mit dem Beginn der direkten und indirekten Unterstützung der Mudschaheddin nur eine sehr *schematische* Antwort von Seiten des Westens und der USA: Auch diese Gewaltausübung wurde als ›Befrei-



ungskampf« deklariert – eine Nomenklatur, die andere, reale Interessen verdeckte. In den späten 80er und beginnenden 90er Jahren trat dann ein gewisser *Osama bin Laden* auf den Plan, der bis Mitte der 90er von zwei Geheimdiensten mitfinanziert wurde: von der CIA und dem pakistanischen Geheimdienst. Verständlich, dass die US-amerikanische Politik dieses nicht thematisiert, denn dadurch wäre die Glaubwürdigkeit politischer oder gar militärischer Interventionen in Afghanistan beeinträchtigt



Bemerkenswert war, wie der russische Präsident auf die Ereignisse des 11. September reagierte: Sehr offen und flexibel ließ er die Öffnung des zentralasiatischen »Hinterhofs« der Sowjetunion zu. Damit hatten viele in dieser Form nicht gerechnet. Der praktische Hintergrund dafür war, dass der Krieg sich nicht nur den Grenzen Russlands genähert hatte, sondern die Stabilität *in* diesen Regionen gefährdete. Putin hatte erkannt, dass die Öffnung der Region mit der – kostenfreien – Lösung eines anderen Problems honoriert werden könnte. Die Amerikaner würden das Taliban-Regime beenden, wozu Russland aus verschiedenen Gründen nicht mehr in der Lage war.

Mehrere politische und ökonomische Kalkulationen verbanden sich mit dieser Perspektive. Richtig ist, dass bestimmte bewaffnete tschetschenische Gruppen Teile Afghanistans als Rückzugsgebiet nutzten. Belegt ist auch, dass Teile des Drogengeldes zur Finanzierung der Aktionen in Tschetschenien gedient haben. Und dort gibt es Personen, die durchaus mit Osama bin Laden zu vergleichen sind, weil sie ihm in der Vorgehensweise ähneln.

Andererseits gab und gibt es in Tschetschenien zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Der Konflikt dauert schon lange Jahre an; er konnte nie wirklich befriedet werden. Entweder wurde er mit »eiserner Faust« klein gehalten, oder man versuchte es mit dem menschenverachtenden Mittel der Deportation. Niemanden konnte verwundern, dass dieser Konflikt bei Öffnung der Sowjetunion wieder auf den Tisch kam. *Jelzin* verhielt sich wie der Chef einer Besatzungsmacht, indem er versuchte, einzelne Clan-Chefs gegeneinander auszuspielen. Als das fehl schlug, entschloss er sich zu einer Militär-Intervention, dem ersten Tschetschenienkrieg, in dem von Anfang an niemand geschont wurde. Etwa 30.000 bis 50.000 Menschenleben kostete dieser Krieg. Im Namen der jungen russischen Demokratie wurden dabei schwere Menschenrechtsverletzungen verübt. Verbunden ist dies übrigens mit einer durchaus rassistischen Komponente: Auch unter der russischen Bevölkerung sind rassistische Einstellungen verbreitet, und sie werden zum Teil politisch benutzt. Darauf meinte man bei der Entscheidung für eine bewaffnete Inter-

vention sich verlassen zu können. Die innenpolitischen Konflikte wurden als weniger ernst eingeschätzt, als sie tatsächlich waren. Weil Jelzin die Pressefreiheit nie eingeschränkt hatte, hatten russische und andere Presseorgane gute Möglichkeiten, aus dem ersten Krieg zu berichten – auch wenn dies recht gefährlich war. Diese ungehinderte Berichterstattung trug mit dazu bei, dass der Krieg schließlich beendet wurde. Doch schon bald brandete er erneut auf, und so fragt sich, wie der heutige Präsident *Putin* damit umgeht. Hat sich Gravierendes geändert? Ich meine: nein, denn es gibt noch immer keine politische Vision für Tschetschenien. Wieder scheint man nur über das Mittel der bewaffneten Intervention zu verfügen, das diesen Konflikt nicht wird lösen können.

Die Kritik der westlichen Welt am russischen Vorgehen ist heute weitgehend verstummt. Das hat zwei Gründe: erstens ist es für Journalisten sehr viel schwieriger, Fakten zu eruieren, weil das Kriegsgebiet inzwischen abgeriegelt ist; zweitens erliegen die europäischen Regierungen jetzt einem politischen Opportunismus gegenüber Russland. Sie wollen das gute und künftig noch zu verbessernde Verhältnis zu Russland nicht gefährden.

Ich meine, dieser Ansatz ist grundfalsch: Werte müssen deutlich formuliert werden, wenn eine echte Freundschaft entstehen soll. Das neue Russland sollte sich also dadurch auszeichnen, dass es eine politische Strategie formuliert, so schwierig das für seine Region auch sein mag. Leider geschieht das bisher nicht. Wer Berichterstattung unterdrückt, hat etwas zu verbergen. Das wissen nicht nur Journalisten. Im Kampf gegen Terrorismus ist es besonders gefährlich, die eigene Glaubwürdigkeit dadurch zu beschädigen, dass man freie Berichterstattung nicht zulässt. Das schädigt die Ziele eines solchen Kampfes ebenso wie ihre religiöse Überformung, etwa wenn die amerikanische Führung von einer »*axis of evil*« spricht. Solche Propagandasprache dient der emotionalen Mobilisierung, nicht der Analyse.

Wie eingangs betont, nehmen die meisten Beteiligten im »Kampf gegen den Terrorismus« taktische Positionen ein und verbergen ihre wahren Interessen. Die weitere Folge der militärischen Strategien – friedliche werden dort nicht entwickelt – ist die Züchtung neuer Terroristen im Nahen Osten.

Wer keine langfristigen politischen und sozialen Friedenstrategien entwirft, die notwendig auch Kompromisse beinhalten, der wird nicht nur keine wirklichen politischen, sozialen, ethnischen und religiösen Lösungen in diesen Gebieten erreichen; er wird auch moralisch mitschuldig an Phänomenen wie dem Terrorismus.

Pjotr Fedossow: Der Bogen, den wir über die Probleme unseres Themas zu schlagen haben, ist – schon geographisch gesehen – riesengroß. Thomas Roth hat seine Schilderung in Tadschikistan begonnen, am südöstlichen Rand des mittelasiatischen Gebietes. Geendet hat er in Grosny, Tschetschenien. Die

Entfernung zwischen beiden Orten ist fast genauso groß wie die zwischen Grosny und Osnabrück.

Eigentlich müsste man noch weiter ausgreifen: Auch an der pakistanisch-indischen Grenze ist es unruhig. Bewegt man sich über Mittelasien und die kaukasische Region in westlicher Richtung, so gelangt man nach Kurdistan, und etwa auf dem gleichen Breitengrad liegt das Kosovo. Es handelt sich also um einen gewaltigen geopolitischen Raum, und Russland hat das Glück oder Pech seiner unmittelbaren Nachbarschaft dazu. Dass die dortigen Vorgänge Russland – wie der übrigen Welt – nicht gleichgültig sein können, ist daher einleuchtend.

In Moskau sind vor einiger Zeit zwei Bücher erschienen: Eines ist das Tagebuch eines der russischen Generäle, die an beiden Tschetschenienkriegen maßgeblich beteiligt waren. *Mein Krieg* heißt das Buch. Ich zweifle keinen Augenblick an der Anständigkeit und am Mut dieses Mannes. Sein Buch ist voller schrecklicher Zeugnisse von Gräueltaten der tschetschenischen Guerillas, verübt an der russischen Bevölkerung in Tschetschenien und auch gegen Soldaten. Das andere Buch ist das Protokoll des ›Außerordentlichen Kongresses der Menschenrechtskommission‹ in Russland im Jahr 2001. Dieses Buch bietet unter anderem viele Zeugnisse schrecklicher Gräueltaten, die die russische Armee an der Zivilbevölkerung in Tschetschenien verübt hat. Auch hier besteht kein Grund, an der Authentizität zu zweifeln. Bei Konflikten der Art, wie sie sich in Afghanistan oder Tschetschenien abspielen, ist es, wie ich meine, sehr schwer, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Meist ist es unmöglich zu sagen, die eine Seite führe einen edlen und verständlichen Kampf, und die andere sei verbrecherisch. Beides ist meist miteinander verflochten, was moralische Urteile sehr fragwürdig macht.

Vielleicht kann die Existenz beider Bücher dennoch eine Hoffnung nähren: Die Problematik Tschetscheniens ist im heutigen Russland Gegenstand einer heftigen gesellschaftlichen Diskussion, bei der die Standpunkte beider Seiten veröffentlicht werden können. Das gibt der Entwicklung in Russland eine große Dynamik und vielleicht die Aussicht darauf, dass künftig für Konflikte und Krisen weniger kostspielige Lösungen gefunden werden können, als dies bisher in Tschetschenien der Fall war.

Es ist ein Gemeinplatz, dass die Welt sich nach dem 11. September 2001 verändert hat. Sie hat sich auch im Hinblick auf das mit dem *Westfälischen Frieden* begründete System des Denkens im außenpolitischen Bereich verändert. Trotz weitreichender Veränderungen hat das ›Westfälische System‹ erstens die Idee der friedlichen Koexistenz, über ideologische und religiöse Unterschiede hinweg, als Grundlage der Staatenwelt bewahrt. Zweitens hat es die Behauptung des staatlichen Gewaltmonopols aufrechterhalten und drittens die Annahme, dass die Akteure der internationalen Beziehungen über ein Rechtsbewusstsein im Sinne eines allgemein identifizierbaren Völkerrechts

verfügen. Beim internationalen Terrorismus ist man heute mit einem Gegner konfrontiert, für den all diese Regeln nicht gelten und der sie grundsätzlich ablehnt. Er zerstört das Staatsmonopol, richtet sich nicht nach dem Völkerrecht und anerkennt nicht die Regeln der UNO-Charta. Dies macht es sehr schwer, gegen den Terrorismus im vollen Respekt der Menschenrechte zu kämpfen.

Denken wir an Beispiele der letzten Jahre, etwa *Kosovo*: Die NATO griff dort ein, um Menschenrechtsverletzungen zu beenden, und zwar mit Hilfe von Terroristen der albanischen Befreiungsarmee *UČK*. Im Ergebnis wurden im Kosovo die Ziele der albanischen Terroristen durchgesetzt, nicht die der internationalen Gemeinschaft. Und wie schwer ist es, den schrecklichen Konflikt in Palästina zu lösen, in dem andauernd beide Seiten die Menschenrechte verletzen, weil der Kampf inzwischen ein Stadium erreicht hat, der die Wahrung der Menschenrechte schon technisch unmöglich zu machen scheint.

Man denke auch an Afghanistan und die *Taliban*. Die internationale Allianz, zu der auch Russland gehört, kam mit Zustimmung des Sicherheitsrates überein, durch eine schnelle Aktion den staatlichen Schutzrahmen des Taliban-Terrorismus zu zerstören. Unverkennbar wurde dabei das Menschenrecht verletzt, nämlich das Recht auf Leben von Hunderten oder gar Tausender, die persönlich keine Verantwortung für die Verbrechen der Taliban tragen. Ob diese Intervention auch den Terrorismus selbst beenden kann?

Man braucht kein Prophet zu sein, um zu wissen, dass sowohl die neue Regierung in Afghanistan als auch die internationale Antiterror-Allianz in den kommenden Jahren noch große Probleme damit haben wird, Afghanistan flächendeckend zu befrieden und vom Terrorregime zu befreien. Diese Aufzählung von Beispielen ließe sich fortsetzen, ohne dass damit etwas relativiert werden soll. Vielmehr sei auf die objektive Schwierigkeit des Problems der Achtung der Menschenrechte hingewiesen, dort, wo es um den tatkräftigen Kampf gegen den Terrorismus geht.

Die Lostrennung Tschetscheniens von Russland – und dies ist unbedingt zu berücksichtigen – war rechtswidrig: Anders als bei der Verselbständigung von 15 Unions-Republiken der früheren Sowjetunion, die die Verfassung als Möglichkeit vorsah, handelte es sich bei der Lostrennung Tschetscheniens von Russland um einen Beschluss, der durch die russische Verfassung nicht gedeckt und deswegen von vornherein verfassungswidrig war. Die Tschetschenen haben Grund, Russland und die Russen zu hassen, das ist eine bittere historische Wahrheit. Einen Grund, Russland zu lieben, hatten die Tschetschenen nie, umso weniger haben sie ihn heute. Das aber macht die Lostrennung Tschetscheniens, die *de facto* im Herbst 1991 stattfand, nicht weniger verfassungswidrig. Russland konnte sich damit nicht abfinden, und dies würde von keinem Staat verlangt werden können.

Bald nach der *de facto*-Abtrennung Tschetscheniens wurde für die dortige Regierung klar, dass Tschetschenien aus normalen, anerkannten Einkommensquellen nicht würde existieren können. Landwirtschaft, Industrie und Handel brachen zusammen. Das Land konnte nur überleben, weil innerhalb kürzester Zeit kriminelle Einkommensquellen an die Stelle der erlaubten getreten waren: Drogen-, Waffen-, Menschenhandel, Geldfälschung und anderes. Viele Russen verließen Tschetschenien aus Sorge um ihr Leben. 20.000 Russen, darunter viele Soldaten, kamen dort zu Tode. In den Jahren 1993-1994 gab es eine Entwicklung, mit der sich Russland auf Dauer nicht abfinden konnte und durfte.

Damit in engem Zusammenhang steht die Art und Weise, wie die russische Staats- und Armeeführung die erste ›bewaffnete Aktion‹ in Tschetschenien geführt hat, die durchaus ›verbrecherisch‹ genannt zu werden verdient: Was dort an Zerstörung angerichtet wurde bzw. an Verlusten eingetreten ist und auch was durch Inkompetenz an den Leuten in den eigenen Reihen verursacht wurde, böte Stoff genug für jedes Tribunal.

Bis zur Niederlage Russlands im ersten Tschetschenienkonflikt und dem anschließenden Friedensschluss gab es wenig Berührungspunkte mit dem gleichzeitigen Geschehen in Afghanistan. Von 1995 bis 1999 beobachten wir dann aber eine zunehmende Verschlechterung der Lage sowohl in Tschetschenien als auch in Afghanistan. Wir wissen, dass insbesondere radikale Gruppen tschetschenischer Rebellen von Bin Laden mitfinanziert wurden. Wir kennen die Geldsummen und wissen, dass viele Rebellenführer in Afghanistan ausgebildet wurden. Nicht nur Tschetschenen, sondern auch zahlreiche Söldner aus anderen Ländern des Nahen Ostens haben in Tschetschenien gegen die russische Armee gekämpft. Seit 1999 beobachten wir Kampfmethoden des tschetschenischen Terrorismus, die denen des 11. September 2001 sehr ähnlich sind: In Moskau wurden 1999 zwei Wohnhäuser gesprengt. In New York und Washington wurden mit dem *World Trade Center* und dem *Pentagon* herausragende Symbole der US-Gesellschaft angegriffen – ein schreckliches Verbrechen.

Was musste man in Moskau denken, als zwei ganz gewöhnliche Moskauer Häuser zerstört wurden, in denen Hunderte von Menschen starben? Kein Russe konnte umhin, sich mit den Opfern zu identifizieren. Die Angstwirkung, die durch die Explosion in Moskau entstand, war noch größer als die in New York, denn jeder fragte sich, welches Haus als nächstes dran sei.

Die Ähnlichkeiten in den terroristischen Methoden zeugten von der Verflechtung des Tschetschenienkonflikts und seinen Ursachen mit dem Problem ›Weltterrorismus‹ auf der anderen Seite. Seit 1999 warnt Russland auf allen internationalen Kongressen vor einer Offensive des Weltterrorismus und ruft zu einer internationalen Allianz dagegen auf. Russlands Beitritt zur internationalen ›Allianz gegen den Terrorismus‹ kam daher keineswegs überraschend.

Pointiert gesagt: Nach dem 11. September verstand die Welt, und vor allem verstanden die USA, endlich die Berechtigung des russischen Aufrufs zum Kampf gegen den Terrorismus. Für diese Sichtweise gibt es gute Gründe.

Die Aussichten für Tschetschenien scheinen mir inzwischen sehr problematisch zu sein. Eine militärische Lösung wird dort nicht herbeizuführen sein, auch wenn der Charakter der Kampfhandlungen sich geändert hat. Zwar werden kaum noch schwere Gefechte geführt, aber nach wie vor sterben dort Menschen einen gewaltsamen Tod. Eine Einstellung militärischer Aktionen ist kaum zu erwarten. Positiv ist, dass die Auseinandersetzung in Tschetschenien sich nach und nach ›tschetschenisiert‹. Der russische Zentralstaat hat heute in Tschetschenien erkennbar mehr administrativen und auch militärischen Rückhalt als noch vor ein oder zwei Jahren.

Vielleicht macht die Fortsetzung dieses Prozesses am Ende eine politische Lösung in Tschetschenien möglich. Russland erwägt aber keine Lösung, die eine staatliche Lostrennung Tschetscheniens beinhaltet. Der Verbleib Tschetscheniens im staatlichen Verband der russischen Föderation ist aus russischer Sicht eine *conditio sine qua non*. Eine politische Lösung erfordert allerdings auch, dass auf russischer Seite konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen registriert und bekämpft werden. Dafür haben wir einige ermutigende Beispiele erlebt.

Die Kritik des Westens an Russlands Vorgehen gegen Tschetschenien ist übrigens keineswegs verstummt. Eine Resolution des US-Senats geht Russland scharf an, und aus dem Europarat ist ebenfalls Kritik zu vernehmen. Es steht weltweit noch die Lösung der Aufgabe aus, Methoden zur erfolgreichen Bekämpfung des Terrorismus zu entwickeln, ohne dabei gegen die Prinzipien der Menschenwürde und den Respekt vor dieser zu verstoßen.

Wulf Gaertner: Was würde passieren, wenn Russland Tschetschenien aus der Föderation entlässt? Herr Fedossow hat sehr überzeugend dargelegt, dass Russland das aus Staatsraison nicht tun kann, aber ich habe mir Zahlen angesehen über die Opfer in Tschetschenien. Der Preis, der dort gezahlt wird, ist gewaltig. Was würde in der Föderation geschehen, wenn Tschetschenien tatsächlich daraus entlassen würde? Würde das zu einer weiteren Auflösung führen, und wäre dies für die Föderation nachteilig? Oder, wenn es nicht dazu kommen könnte, gibt es vielleicht die Möglichkeit, in Tschetschenien mehr Autonomie zuzulassen, so dass es zu einer von der Bevölkerung akzeptierten Situation kommen würde, in der in gewisser Weise ein eigenständiges Leben möglich wird? Herr Fedossow, Sie haben gesagt, Tschetschenien könne ökonomisch nicht auf eigenen Beinen stehen. Dann dürfte das Festhalten Tschetscheniens innerhalb der russischen Föderation jedenfalls keine ökonomischen Gründe haben.

Thomas Roth: Natürlich hat die Russische Föderation das Recht, ihre Einheit zu bewahren. Für mich stellt sich aber die Frage des Umgangs mit diesem Konflikt. Offenkundig hatte die Sowjetunion zu Anfang der 90er Jahre enorme Probleme: Das Staatswesen brach auseinander, es gab eine Welle verschiedener Nationalbewegungen, die auch an anderen Stellen Bürgerkriege auslöste. Leider war in der neuen Verfassung keine politische Strategie des Umgangs damit zu erkennen. Was nun den Militäreinsatz in Tschetschenien kennzeichnet, ist eine marodierende Armee und ihr zugehörige Milizen – durchaus auch mit Angehörigen tschetschenischer Herkunft –, die nicht in den Griff zu bekommen ist.

Will man den Frieden, so ist doch entscheidend, dass die Methoden dem entsprechen müssen, selbst bei einer bewaffneten Intervention. Mit bestimmten, kleinen Gruppen in Tschetschenien ist tatsächlich nicht zu verhandeln. Mit anderen dagegen wäre das möglich, und es müsste also versucht werden. Dadurch, dass Russland die eigenen Streitkräfte, jedenfalls in den unteren Gliederungen, nicht in den Griff bekommt, bestätigt sich der falsche Ansatz. Der russischen Armee fehlen Finanzmittel. Sie steht in der unseligen Tradition, dass das Leben der Soldaten nichts wert ist. Was fehlt, ist die ›Innere Führung‹, die Geltung der Soldaten als ›Staatsbürger in Uniform‹, die in Russland keine Tradition hat. Außerdem ist bei den Soldaten in dieser Armee die Korruption verbreitet, und zwar umso mehr, je geringer die Dienstgrade. Dort wird nicht genug durchgegriffen, die Gerichte urteilen nicht entsprechend. Hinzu kommen schließlich noch die Drogen. Daraus muss eine Regierung politische Konsequenzen ziehen, aber das wurde bis jetzt in Russland noch nicht erkannt.

Zwar ist auch einiges Positive zu vermelden – in Russland amtiert ein nüchterner, kalkulierbarer Präsident mit Ansätzen zu einer nationalen Politik und dem Wunsch, Reformen voranzubringen. Auf der anderen Seite gibt es große Widersprüche. Positive Entwicklungen sind nicht zu bestreiten, aber dagegen stehen die Stärkung der Geheimdienste und die Erhebung absurder Anklagen gegen Menschenrechts-Aktivisten. Einiges hat sich getan, aber noch nicht das Entscheidende. Wir sind einig darin, dass der Terrorismus bekämpft werden muss, aber wir müssen auch sehen, wo und wie er produziert wird, z.B. in Usbekistan, z.B. in Weißrussland. Wir brauchen Glaubwürdigkeit bei der Bekämpfung des Terrorismus, und diese beginnt mit dem Versuch eines friedlichen Umgangs mit den Problemen.

Pjotr Fedossow: Die Frage nach dem Verhältnis von Staatsraison und Menschenrechten und dem Preis der Behauptung von Staatsraison ist schwierig zu beantworten. Manchmal gibt es Situationen, in denen der Preis offensichtlich zu hoch ist, um dafür die Staatsraison durchzusetzen.

Ich will die staatliche Denkweise im Fall Tschetschenien nicht rechtfertigen, sondern nur feststellen, dass es sie gibt und wir mit ihr leben müssen. Die dortige Zuspitzung der Problematik zwischen Herbst 1991 und dem Beginn des ersten Krieges 1994/1995 fand zeitgleich mit dem enormen Verfall der russischen Staatsmacht statt, als die zentrale Regierung eigentlich nur noch auf dem Papier existierte und die Regionen weitgehend auf sich selbst gestellt waren. Vor diesem Hintergrund wurden separatistische Tendenzen plötzlich als große Perspektive gesehen. Politische Analytiker haben die eben formulierte Frage damit beantwortet, dass eine anerkannte Lostrennung Tschetscheniens ein weiteres Abbröckeln Russlands herbeigeführt hätte. Ähnliche Zustände konnten in einigen nordkaukasischen Republiken beobachtet werden. Heute ist es klar, dass die tschetschenische Führung versucht hätte zu expandieren, wenn man damals Tschetschenien hätte ziehen lassen.

Solche Überlegungen sind immer sehr spekulativ, und eine genaue Antwort auf die Frage nach dem Preis-Ziel-Verhältnis im Fall Tschetscheniens ist nicht zu haben. Ich bin aber sicher, dass der Krieg nicht umsonst war, denn dadurch wurde der Prozess des Abbröckelns beendet.

Die Auffassung, Moskau habe damals keine politische Strategie des Umgangs mit solchen Konflikten entwickelt, teile ich. Fragt man sich, wer schuld daran war, dass der Konflikt in Tschetschenien solch grausamen Formen angenommen hat, so kommt man auf das Moskauer Regime des Jahres 1994 [unter Premierminister *Tschernomyrdin*, Red.], das es nicht verstanden hat, effektivere und weniger kostspielige Formen des Umgangs mit diesem Konflikt zu entwickeln. Mit diesem historischen Erbe müssen wir leben. In Russland wird sowohl diese historische Schuld diskutiert als auch die zwar problematische, aber eingetretene Folgewirkung im Hinblick auf den Verfall der Zentralgewalt wahrgenommen.

Publikum: Ich habe immer wieder mit Staunen zur Kenntnis genommen, wenn Russen das Vorgehen in Tschetschenien befürwortet haben. Wenn das wirklich auf rassistische Antipathien zurückgehen sollte, dann kann von einem glaubwürdigen Antiterrorismuskampf nicht die Rede sein.

Thomas Roth: Der russische Präsident hat seine Sorgen über den in Russland wachsenden Extremismus und Rechtsradikalismus in einer Rede zur Lage der Nation zu Recht geäußert. Es gab immer einen als rassistisch zu bezeichnenden Zug im Umgang Russlands mit der kaukasischen Bevölkerung. Bemerkenswert war, wie der Präsident in seiner Rede darauf einging.

Pjotr Fedossow: Auch in Russland gibt es politische Minderheiten, marginale Gruppen, die rassistisch denken und rassistische Politik betreiben. Das macht das Land nicht schöner, ist aber mit polizeilichen Mitteln relativ leicht zu

bekämpfen. Etwas anderes, das ich nicht als Rassismus bezeichnen würde, obwohl es mit einer bestimmten Fremdenfeindlichkeit zu tun hat, hat dagegen rein soziale Ursachen: Moskau hat inzwischen ca. 700.000 Einwohner aus Aserbaidschan und Armenien. Es handelt sich also um Bürger anderer Staaten, nicht um Russen. In Deutschland sah es in den 60er Jahren mit den türkischen und anderen Gastarbeitern ähnlich aus, aber in Russland ist das Problem ernst. Die nach Deutschland kommenden Arbeiter fanden einen Platz auf der untern Schiene der sozialen Hierarchie. Die Kaukasier in Moskau beherrschen den Handel und damit die mittlere Schiene. Aus diesem Konkurrenzverhältnis erwächst antikaukasisch orientierte Fremdenfeindlichkeit, die kein Rassismus ist, aber ein Nährboden dafür. Damit umzugehen ist viel schwieriger als der Umgang mit dem Extremismus. Eigentlich ist die Lösung des Problems erst zu erwarten, wenn Russland sich wirtschaftlich und sozial erholt, aus der Krise herauskommt und es alles Notwendige für alle gibt. Wir wollen hoffen, dass die Entwicklung weiter in diese Richtung geht.

Publikum: Die Seite der Freiheitskämpfer ist in Ihrer beider Darlegungen sehr zu kurz gekommen. Es reicht nicht zu sagen, Freiheitskämpfe seien nicht mehr möglich, weil sie Terrorismus beinhalteten.

Pjotr Fedossow: Meine These ist, dass heute die Prämisse eines bedingungslosen Selbstbestimmungsrechtes der Ethnien bis hin zur Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates für die Welt und ihre Zukunft absolut verhängnisvoll und zerstörerisch ist. Wenn alle heute existierenden Ethnien von einem solchen Recht Gebrauch machen wollten, wäre der Menschheit ein Blutbad gewiss. Ich glaube, dass Putin durchaus eine langfristige politische Strategie in Bezug auf Tschetschenien hat. Deren drei entscheidenden Elemente hat er mehrmals genannt: fortgesetztes bewaffnetes Vorgehen gegen alle, die ihrerseits den bewaffneten Kampf fortsetzen; ›Tschetschenisierung‹, also Sicherung des Friedens in Tschetschenien durch Tschetschenien; sozialer und wirtschaftlicher Aufbau, wo und wie er möglich ist. Bis jetzt war Tschetschenien ein ›schwarzes Loch‹, das Gelder ansog und spurlos verschwinden ließ. Also muss ein System der Kontrolle aufgebaut werden. Die sozialökonomische Sanierung Tschetscheniens wird lange dauern. Ich kann mir eine Lösung für Tschetschenien im Zuge der allgemeinen positiven sozialwirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten vorstellen. So lange wird man damit leben müssen – es wäre nicht das erste Beispiel in der Weltgeschichte.

Thomas Roth: Das ist ein sehr ›östlicher‹ Ansatz. ›Augen zu und durch‹, und in ein paar Jahren sieht die Welt besser aus. Aber die Wirtschaft wird nicht so funktionieren, wie es nötig wäre, und die politischen Ansätze sind beschädigt. Deshalb glaube ich, dass die einzige Lösung für Russland wäre, gegenüber der

Europäischen Union einzugestehen, den Konflikt allein nicht lösen zu können, und gemeinsam eine Lösung durch die Öffnung des Landes zu suchen. Alle sollten in diese Verhandlungen einbezogen werden, damit man ein Modell finden kann, das Autonomie ermöglicht. Öffnung und die Beteiligung dritter Seiten – das wäre ein überzeugendes Zeichen für den Willen der russischen Politiker zur Demokratie. Die EU kommt dabei in Betracht, weil wir alle wünschen, dass Russland uns näher kommt, vielleicht eines Tages ein Teil der EU werden wird. Das ist die einzige Richtung, in der Chancen bestehen.